



Hannes Rockenbauch, Stadtrat (Parteiloses Bündnis SÖS),
Kandidat bei der Wahl zum Oberbürgermeister

Nach-Denk-Zettel Nr.

9

Faire Chancen für alle – ein Programm für Stuttgart

Stuttgart gilt als reiche Stadt. Doch die Fassade hat Risse. Auch wenn die Einkommen über dem Bundesdurchschnitt liegen und auf den ersten Blick mehr Menschen Arbeit haben als in vergleichbaren Städten, sind 24.600 Personen (5,0 Prozent) arbeitslos gemeldet. Weitere 6,3 Prozent der Beschäftigten, also 31.672 Menschen, waren im vergangenen August unterbeschäftigt und mussten Leistungen in Anspruch nehmen. Über 4.000 Menschen gelten in der Statistik als Langzeitarbeitslose, ihre Zahl hat sich trotz der guten Arbeitsmarktlage nicht gebessert. Nicht erfasst werden viele, die sich aus Scham, Stolz oder Trotz nicht als arbeitssuchend melden und daher in den Statistiken nicht auftauchen. Auch viele Ältere, die durch Hartz IV zwangsverrentet wurden, tauchen nicht mehr auf.

ziale Mindestsicherung, darunter tausende Kinder. Das sind 8,7 Prozent der Bevölkerung. Aber auch viele Rentner/-innen sind arm, weil sie von Kleinstrenten leben müssen. Und die Altersarmut wird in Zukunft sprunghaft ansteigen.

Die Armut steigt – der Reichtum ebenso

Bis in die 80er Jahre waren Erwerbsbiografien relativ berechenbar: Man ging in die Lehre, studierte und bekam eine unbefristete, gut bezahlte und tariflich abgesicherte Vollzeitbeschäftigung. Möglichst beim Daimler oder Bosch. In Rationalisierungswellen wurden seit den 70er Jahren in allen Branchen Arbeitsplätze abgebaut und ins Ausland verlagert.



Bildung und Arbeit – eine Zukunft für die Jugend

Viele Menschen können von ihrer Arbeit nicht leben. Prekäre Beschäftigungsverhältnisse, unterbezahlte Leih- und Zeitarbeit, befristete oder Teilzeit-Jobs, unbezahlte Praktika – so leben Tausende in unserer Stadt an der Armutsgrenze oder sind längst in Armutsverhältnisse gerutscht. Laut Statistischem Amt bezogen im Jahr 2010 in Stuttgart 50.000 Menschen so-

Unter dem Konkurrenzdruck gingen viele Betriebe bankrott. Produktivität und Profite wuchsen, aber ebenso der Stress der Beschäftigten durch die Ausdünnung der Belegschaften, durch Leistungsverdichtung und Überstunden. Um die sogenannte Konkurrenzfähigkeit abzusichern, wurde der Arbeitsmarkt dereguliert. Sinnbildlich dafür steht die Agenda 2010:



Regeln, die bisher garantieren sollten, dass man von seiner Arbeit auch Leben konnte, wurden abgeschafft. Der neoliberale Geist erfasste die Regierungen, ob CDU/FDP oder SPD und Bündnis 90/Grüne. Das führte zu einer gigantischen Umverteilung des Vermögens, denn die Löhne stagnierten, während die Gewinne aus Vermögen explodierten. Vom Boom der Wirtschaft profitierte die große Mehrheit der Beschäftigten nicht. Der neue Armutsbericht der Bundesregierung bestätigt, dass sich die Schere zwischen Arm und Reich weiter öffnet. Zwischen 1992 und 2012 hat sich das Nettovermögen der Privaten von 4,6 auf zehn Billionen Euro mehr als verdoppelt. Zehn Prozent der Haushalte besitzen mehr als die Hälfte des gesamten Nettovermögens, während die untere Hälfte der Haushalte nur über gut ein Prozent verfügt. Aber auch die Kluft bei den Einkommen wird stetig größer. Der Anteil der Beschäftigten im unteren Lohnbereich erhöhte sich zwischen 1998 und 2010 von 18 auf 23 Prozent (Stuttgarter Zeitung, 19.09.2012). Die Armut steigt – der Reichtum ebenso, die soziale Spaltung unserer Gesellschaft vertieft sich, auch in Stuttgart.

> „Aber solange gesamtgesellschaftliche Strukturen etabliert sind, die systematisch die Produktion von Armut und psychischen Erkrankungen hervorbringen, bleibt jedes noch so umfassende Hilfesystem Makulatur und einem schwerwiegenden Zynismus ausgesetzt, unabhängig davon, dass die Gewährung von Hilfeleistungen zur Milderung akuter Not unverzichtbar ist.“ (Prof. U. Bittlingmayer, Soziologe, PH Freiburg in: Kerbe, Forum für soziale Psychiatrie 3/2012)

Arbeitswelt

Arbeit schaffen mit Zukunftstechnologien

Der Oberbürgermeister muss dazu beitragen, dass in Stuttgart Arbeitsplätze gesichert und solche geschaffen werden, von denen die Menschen leben können. Zwar kann er das nur indirekt, denn das ist das Feld des Handwerks, des Handels, der Industriebetriebe und der Gewerkschaften. Doch Wirtschaftsförderung ist eine zentrale Aufgabe der Kommune. Sie stellt die Infrastruktur, das Bildungswesen, das kulturelle Umfeld und kann Ideengeber für Innovationen sein. Arbeitsplätze entstehen durch Visionen und neue Entwicklungen. Meine Vision ist die Wende zu einer nachhaltigen Stadt. Die Klimakatastrophe, der notwendige Umbau unserer Energiewirtschaft, auch die Finanzkrise erfordern ein neues, am Gemeinwohl orientiertes Wirtschaften, das nicht mehr auf der Ausbeutung von Mensch und Natur beruhen darf. Dies ist zur Überlebensfrage der ganzen Menschheit geworden, denn die

natürlichen Ressourcen sind endlich. Stuttgart hat auf allen Feldern hervorragende Ingenieure, Facharbeiter und wissenschaftliches Know-How, um dazu einen Beitrag zu leisten. Unsere Stadt kann Wegbereiter einer wirklichen Kreislauf-Wirtschaft, neuer Energietechnologien, der Entwicklung intelligenter Verkehrs- und Transportsysteme und einer CO₂-freien Stadt werden. Die Stadtverwaltung fördert solche Projekte, koordiniert die Fachdisziplinen der Hochschulen und stellt Stuttgart als Anwendungsfeld für Pilotprojekte zur Verfügung. Das schafft Arbeits- und Ausbildungsplätze im heimischen Gewerbe und in innovativen Unternehmen. Und es sichert die Zukunft vieler Generationen.

Wir dürfen auch den Blick auf lokale Eigenarten und Traditionen nicht verlieren. Ich will echte Handwerkskunst und gute Fachgeschäfte stützen, statt auf die immer gleichen globalen Massenwaren zu setzen.

Einhaltung tariflicher Regelungen sichert Arbeitsplätze

Die Gesundheitsberichte der Krankenkassen über die Auswirkungen der Arbeitsbedingungen sprechen eine eindeutige Sprache: Immer mehr Menschen werden durch den zunehmenden Stress, bedingt durch Überstunden, Personaleinsparungen und Leistungsdruck am Arbeitsplatz körperlich und psychisch krank. Als oberster Dienstherr muss sich der Oberbürgermeister dieser Realität stellen. Er ist als Chef der Stadtverwaltung und des Gesundheitsamtes für gesunde Lebens- und Arbeitsbedingungen der städtischen Beschäftigten, aber auch aller Stuttgarter/-innen verantwortlich.

Keineswegs veraltet sind die Forderungen der Gewerkschaften nach Überstundenabbau und Arbeitszeitverkürzung. Die Stadt Stuttgart muss von den vielen Betrieben, an die sie Aufträge vergibt, den Nachweis der Einhaltung gewerkschaftlicher Standards verlangen. Das alles würde neue Arbeitsplätze schaffen und verhindern, dass Menschen durch Arbeit krank und arbeitslos werden.

> „Auffällig ist auch der Anstieg psychisch bedingter Ausfallzeiten bei den Berufstätigen. Seit Beginn der TK-Gesundheitsberichterstattung im Jahr 2000 sind die Fehlzeiten wegen psychischer und Verhaltensstörungen in Baden-Württemberg um 50 Prozent gestiegen, bundesweit sogar um 57 Prozent. Psychische Störungen spielen bei den Fehlzeiten eine besonders große Rolle, weil Krankschreibungen aufgrund von Depression, Angst- oder Belastungsstörungen mit durchschnittlich 41 Tagen sehr lange dauern. „Das bedeutet für die Unternehmen enorme Produktionsausfälle, für die Krankenkassen hohe Kosten und für die Patienten meist eine wochen- oder monatelange Leidenszeit“, so Vogt.“ (TKK Gesundheitsreport 2011: „So krank ist Baden-Württemberg“)



Bildung

Durch Bildung jedem eine faire Chance geben

Ein gutes Bildungsniveau schützt am besten vor den Risiken unserer Arbeitswelt. Deshalb muss gute Bildung allen Kindern von klein auf ermöglicht werden. Frühkindliche Bildung und gute Ausbildung stärken auch unsere Wirtschaft. Der Fachkräftemangel betrifft besonders das von großen Industriebetrieben geprägte Stuttgart. Um dort auch zukünftig Innovationen entwickeln und Qualitätsprodukte herstellen zu können, muss das Schul- und Ausbildungssystem mehr Kinder zu höheren Bildungsabschlüssen führen. Wichtig ist deshalb, dass in Stuttgart durch Ganztagesbetreuung in Kitas und Schule alle Kinder unabhängig vom sozialen Hintergrund möglichst gute Chancen beim Start ins Arbeitsleben bekommen. Mein Ziel ist, dass kein Mensch ohne Abschluss die Schule verlässt und niemand ohne Ausbildung bleibt. Und damit es nach Schule oder Lehre weitergehen kann, muss Stuttgart eine attraktive Hochschullandschaft für alle Ausbildungsrichtungen bereitstellen und die Volluniversität für Forschung und Lehre erhalten. Das Jobcenter als städtisches Amt soll zukünftig jedem arbeitssuchenden Menschen tatsächliche berufliche Weiter- und Ausbildung vermitteln und echte Chancen im 1. Arbeitsmarkt eröffnen, besonders Langzeitarbeitslosen und Menschen mit Handicaps.

> „Berufliche Teilhabe zählt. Allgemein kann man sagen, dass psychisch Kranke nichts anderes brauchen als andere Arbeitnehmer auch, allerdings ein bisschen mehr davon. Viele psychisch kranke Menschen fühlen sich wie „Teststäbchen“. Sie spüren die Belastungen der Arbeitswelt früher und deutlicher als Andere, aber auch die Kollegen leiden irgendwann darunter. Inklusion bringt insofern auch Vorteile für das Klima in der Arbeitswelt... Eine der größten Barrieren in den Köpfen ist die Gleichsetzung von versicherungspflichtiger Beschäftigung mit Erfolg. Was zählt, ist die berufliche Teilhabe. Diese ist bunt und vielfältig, es gibt viele Möglichkeiten, Arbeit so zu gestalten, dass psychisch Kranke und ihre Arbeitgeber positive und stärkende Erfahrungen machen.“

(Dr. Irmgard Plöbl, lfd. Psychologin am Rudolf-Sophien-Stift Stuttgart in: Kerbe, Forum für soziale Psychiatrie 3/2012)

Mehr zur Bildung im Nach-Denk-Zettel Nr. 5:
Schule in Bewegung auf www.rockenbauch.de

Den Haushalt der Stadt für eine soziale Politik sichern

Um echte Hilfe für Menschen in Armut und Arbeitslosigkeit bereitstellen zu können, muss die Stadt einen soliden Haushalt führen. Geld ist genug da, es ist nur falsch verteilt. Das beweist der aktuelle Armutsbericht der Bundesregierung. Zu einer solidarischen Gesellschaft gehört die Bereitschaft von Industrie und Banken, aus ihren Profiten die Strukturmaßnahmen und die Daseinsvorsorge des Staates, von denen sie letztlich am meisten profitieren, angemessen mitzufinanzieren. Wer sich nicht an die Umverteilung wagt, sondern nur Versprechungen macht, wird sie nicht einhalten können.

Als erstes werde ich im Stadthaushalt Geld umschichten. Der Beschluss des Gemeinderates, die städtischen Schulden von jetzt 50 auf 500 Millionen Euro zu erhöhen, um dringende Aufgaben abzusichern, kann rückgängig gemacht werden. Stuttgart profitiert nicht von neuen Straßenbauprojekten, die noch mehr Verkehr in die Stadt ziehen. Ohne Stuttgart 21 und den Rosensteintunnel könnten wir sofort alle Schulden der Stadt und ihrer Eigenbetriebe tilgen. Der Haushalt würde jährlich um 40-50 Mio. € an Schuldendiensten entlastet. Durch das freiwerdende Geld (rund 1 Milliarde €) wird vieles möglich: Abbau heutiger und geplanter Schulden (ca. 500 Millionen), Wasserrückkauf (100 Millionen), Förderprogramm für ökologische Energie und Gebäudesanierung (100 Millionen), städtischer Bodenfonds (100 Millionen), ein Stiftungsprojekt für Kunst, Kultur, Bildung und soziale Teilhabe (100 Millionen).

Das schafft Spielräume für die Finanzierung der Daseinsvorsorge. Auch die neu gegründeten Stadtwerke und eine eigene Stadtparkasse werden Einnahmen generieren, die dem städtischen Haushalt zufließen. Die Stadtparkasse hat darüber hinaus eine große arbeitsmarktpolitische Bedeutung: als Motor für Existenzgründer und den Mittelstand durch günstige Kredite, bei der Förderung sozialer und kultureller Projekte.

Sollte all das nicht reichen, um in Stuttgart ein sozial-ökologisches Stadtumbauprogramm finanzieren zu können, so darf man auch vor einer moderaten Erhöhung der Gewerbesteuer nicht zurückschrecken. Die trifft auf Grund hoher Freibeträge im übrigen vorwiegend die großen Finanzdienstleister und Versicherer und nicht die kleinen Gewerbetreibenden. Mit einer moderaten Erhöhung von 420 auf 450 Hebesatzpunkte lassen sich jährlich zwischen 20-25 Mio. Euro Mehreinnahmen erzielen.

Zudem werde ich als Oberbürgermeister alles in Bewegung setzen, damit Landes- und Bundesregierung ihren gesetzlichen Aufgaben nachkommen und Finanzierungslasten nicht bei den Kommunen ablegen. Es kann z.B. nicht sein, dass die neue Landesregierung noch immer nicht die vollen Investi-



tionen in die Klinikinfrastruktur trägt, kein Geld für Schulpsychologen bereitstellt, an den Schulen tausende Lehrerstellen streicht oder Stellen im öffentlichen Dienst abbaut. All das bringt Kosten und Folgekosten für die Stadt mit sich und belastet den Stadthaushalt.

Zur Stadtparkasse ist der Nach-Denk-Zettel Nr. 8 erschienen auf: www.rockenbauch.de

Ein langer Weg zu guter Arbeit und gerechten Lebensverhältnissen

Von heute auf morgen lassen sich weder Armut und Arbeitslosigkeit beseitigen, noch kann die Stadt die Zerstörung der Arbeitsverhältnisse durch die falsche Politik der Deregulierung und Flexibilisierung zurückdrehen. Aber machtlos ist die Stadt nicht. Die Menschen benötigen hier und jetzt konkrete Hilfe. Das ist Aufgabe der Stadt. Seit Januar 2012 ist Stuttgart „Optionskommune“ und damit allein verantwortlich für das Jobcenter. Beim Jobcenter Stuttgart wurde jedoch das sogenannte „Eingliederungsbudget“ 2012 um 4,5 Mio. gekürzt. Die Bundesregierung lässt die Stadt im Regen stehen, anstatt angemessene Geldmittel zuzuweisen. Im Jahr 2013 drohen erneut Kürzungen. Das bedeutet: Weniger und schlechtere Maßnahmen für Menschen, die Arbeit suchen. Außerdem ist die Situation der Beschäftigten im Jobcenter schlecht. Zu viele Fälle pro Mitarbeiter haben zu einem hohen Krankenstand geführt. So können Leistungsgewährung und Förderung nicht funktionieren.

Als Oberbürgermeister werde ich diese Entwicklung nicht akzeptieren. In Stuttgart muss zwischen Jobcenter, Wirtschaft, Sozialhilfeträgern und den Arbeitsloseninitiativen ein Plan entwickelt werden, der klare Maßnahmen gegen Armut und Arbeitslosigkeit formuliert und echte Perspektiven für einen Zugang zu guter Arbeit und anständigem Einkommen eröffnet.

Maßnahmenkatalog

- um Armut zu lindern
- um Arbeitsmarktsituation und Wirtschaftslage zu verbessern

Kurzfristige Maßnahmen

- Abschaffung der niedrigen Lohngruppen in der Stadtverwaltung und in städtischen Betrieben. Ballungsraumzulage für alle Beschäftigten
- Rücküberführung von outgesourcetem Personal und anderer regulärer Dienstleistungen in öffentliche Beschäftigung
- Kostenlose Kita-Betreuung und ein kostenloses gesundes Mittagessen an allen Kitas und Schulen
- Einführung einer Stuttgart-Card für den diskriminierungsfreien Zugang zu Nahverkehr, Kultur, Sport und Bildung für alle Menschen in prekären wirtschaftlichen Verhältnissen

- Berufung eines Betroffenen-Beirats beim Jobcenter und einer unabhängigen Ombudsperson. Lösung des Personalnotstands und Klärung der Raumsituation im Jobcenter.
- Förderung der Einrichtung einer unabhängigen Beratungsstelle für Arme und Arbeitslose, wie das geschlossene selbstverwaltete Zentrum SALZ
- Ausbau der Familienzentren in den Stadtteilen
- Gezielte Förderung zur Gründung kleiner Nachbarschaftsläden in den Stadtbezirken zur dauerhaften Sicherstellung der Nahversorgung
- Anschub eines sozial-ökologischen Konjunkturprogramms mit 100 Mio. Euro jährlich zur energetischen Sanierung und zum Aufbau der erneuerbaren Energieerzeugung
- Ausbau der grünen und sozialen Infrastruktur der Stadt
- Ausschließliche Vergabe öffentlicher Aufträge an Unternehmen, die Existenz sichernde Tariflöhne zahlen
- Die SWSG als städtischen Eigenbetrieb stärken, um den öffentlichen und sozialen Auftrag für bezahlbare Wohnungen sicherzustellen
- Verlängerung der Mietpreisbindung für alle städtischen und SWSG Wohnungen
- Eine Bodenvoratspolitik, um Boden in Erbpacht für den Bau von bezahlbarem Wohnraum bereitzustellen

Mittelfristige Maßnahmen

- Einführung eines kostenlosen Nahverkehrs
- Eine Schule für alle als Gemeinschaftsschule muss die Sekundarstufe 1 bis zur 10. Klasse umfassen mit der Möglichkeit, das Abitur zu erwerben. Die Haupt-, Real- und Werkrealschule hat sich überlebt und wird von Eltern und Schülern nicht mehr angenommen, da die Kinder aus verschiedenen Gründen Diskriminierung erfahren.
- Personalaufbau in der Verwaltung in den Ämtern, die durch zahlreiche Personalstreichungswellen selbst gesetzliche Pflichtaufgaben nicht mehr wahrnehmen oder ihre Dienstleistungsfunktion nicht mehr sicherstellen können, z.B. das Gesundheitsamt, Ordnungsamt oder das Baurechtsamt.
- Entwicklung von sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsmodellen für Menschen mit Behinderungen in der Verwaltung und der Wirtschaft
- Aufbau der Stadtwerke Stuttgart zum kommunalen Nachhaltigkeitsunternehmen
- Ausgründung einer Stadtparkasse aus dem LBBW-Konzern. Förderung eines ethischen Bank- und Finanzwesens in Stuttgart



Langfristige Maßnahmen

- Unterstützung der Automobil- und Zulieferindustrie bei der Konversion zu einer nachhaltigen Produktionsweise und nachhaltigen Produkten
- Reduzierung der Regelarbeitszeit in der Stadtverwaltung und Förderung der Arbeitszeitreduzierung in der freien Wirtschaft
- Förderung aller Formen der solidarischen Ökonomie in Stuttgart, z.B. durch Genossenschaften in den Kreativbranchen, im Handel oder bei Dienstleistungen.

Die Grenzen der inhumanen Leistungsgesellschaft erkennen und überwinden

Die Ideologie des „höher, schneller, weiter“ ist bankrott. Sie hat zur Klimakatastrophe geführt und zehrt die natürlichen Ressourcen unserer Erde auf. Nehmen wir nur die Überproduktion von 20 Millionen Autos weltweit: Daimler wird es nur dann gut gehen, wenn er die Konkurrenz ausschaltet, dann werden eben in Bochum bei Opel oder in Frankreich bei Peugeot die Arbeiter freigesetzt. Die Billigstkonkurrenz der Lebensmittelketten macht Bauern bankrott und Regenwälder platt. Und die Beschäftigten bei Lidl und Aldi werden niedrigst bezahlt. Wer dem Druck, den dieser weltweite Konkurrenzkampf bis zur Kasse bei Lidl erzeugt nicht standhält, wird ausgemustert. Dieses profitorientierte Leistungsprinzip prägt unsere Gesellschaft. Die Hilfesysteme sind immer noch einseitig daran orientiert, die Menschen für das Aushalten dieses Drucks zu konditionieren. Denn nur wer Arbeit hat und dem kapitalistischen Leistungsdruck standhält, genießt Anerkennung. Andere gesellschaftstragende Tätigkeiten werden dadurch abgewertet, wie die Erziehung von Kindern, die Pflege von Angehörigen, künstlerische Betätigung oder das Ehrenamt. Arbeitslosigkeit, Kleinkinder, eine Behinderung oder eine beschränkte Belastbarkeit werden gar als Makel und Vermittlungshemmnis gesehen. Menschen, die den Leistungsansprüchen nicht genügen, aus welchen Gründen auch immer, werden gering geschätzt. Die uneingeschränkte Teilnahme an gesellschaftlichen Angeboten auf der Basis der Anerkennung individueller Unterschiedlichkeit ist aber entscheidend für ein intaktes Gemeinwesen. Die Gesellschaft muss allen Bürgern eine dauerhafte soziale Sicherung gewährleisten, die sie voll am gesellschaftlichen Leben teilhaben lässt und ihnen die Möglichkeit gibt, Entscheidungen im Einklang mit den eigenen Fähigkeiten und Möglichkeiten zu treffen. Deshalb bin ich für ein bedingungsloses Grundeinkommen.

Turner verhindern reicht nicht!

Viele S21-Gegner und von der Landesregierung Enttäuschte wollen nicht zur Wahl gehen, auf keinen Fall Grün oder Rot wählen, oder aus Protest ungültig wählen. Dadurch würde Turners Anteil an den abgegebenen Stimmen wachsen. Je mehr S21-Gegner zu Wahl gehen, desto geringer ist diese Gefahr. Je höher Hannes Rockenbauchs Anteil, desto sicherer ist: Turner kommt im ersten Wahlgang nicht durch. Aber Turner verhindern reicht nicht, wir brauchen einen OB, der gegen Stuttgart 21 und insgesamt für einen Politikwechsel steht. Dafür kandidiert Hannes Rockenbauch.

Spenden Sie für die Wahlkampagne von Hannes Rockenbauch!

Von Null auf 40.000 Euro – mit Ihrer Hilfe.

Wir haben die Wahlkampagne mit einem Kontostand von 0 Euro begonnen, in der Hoffnung auf Ihre Unterstützung. Unser Wahlkampfteam arbeitet ehrenamtlich, wir planen einen sparsamen Wahlkampf. Wir haben keine Sponsoren, wir setzen auf Ihre Spendenbereitschaft.

Diese Art von Förderung der politischen Meinungsbildung auf kommunaler Ebene ist zu 50 Prozent von der Einkommenssteuer abziehbar, d.h.: pro Person kann man bis zu 1.650 Euro spenden und 825 Euro von der Steuer zurückbekommen.

SÖS-**Spendenkonto** für unsere Wahlkampagne:

KTO: 68 998 702 · BLZ: 430 609 67 · GLS Bank

Stichwort: Hannes Rockenbauch

Oder online über die Homepage:

www.rockenbauch.de



www.facebook.com/rockenbauch

September 2012

Bildnachweis:

Joachim E. Röttgers, GRAFFITI

Wahlkampagnen-Büro Hannes Rockenbauch · Urbanstraße 72 · 70182 Stuttgart

Ich lade Sie ein, ihre Ideen für ein lebenswertes Stuttgart mitzuformulieren. Schreiben Sie mir Ihre Gedanken und Ideen unter: info@meinobkandidat.de

Weitere Nach-Denk-Zettel auf www.rockenbauch.de



**Hannes
Rockenbauch**

Jung
ehrlich kompetent



www.rockenbauch.de